

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861**

18.4.1861 (No. 91)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 18. April.

N. 91.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

## Der Entwurf einer Verfassung der vereinigten evangelisch-protestantischen Kirche des Großherzogthums Baden.

So eben wird uns der Entwurf der evangelischen Kirchenverfassung mitgeteilt. Derselbe besteht aus 117 Paragraphen und angehängt ist die Wahlordnung für die Wahl der Kirchengemeindeversammlung, der Kirchenältesten und der Abgeordneten zur Generalversammlung, sowie die Liste der 24 Wahlbezirke.

Das Axiom ist zu umfassen, als daß wir es vollständig mittheilen könnten; wir beschränken uns daher auf die Hervorhebung der Grundzüge des Verfassungsentwurfs, wie dieselben in der Einleitung dargestellt werden. Nachdem dort in klarer und faßlicher Sprache zuerst erörtert worden, daß es sich nicht um den Glauben, die Lehre u. d. d. handle, sondern um die Verfassung der Kirche; nachdem sodann erläutert worden, was darunter zu verstehen sei, wobei die konsistoriale, sowie die presbyteriale und Synodale Verfassung entwickelt und die historische Berechtigung einer Mischung beider für unsere Verhältnisse im Hinblick auf unsere seit 1821 bestehende Kirchenverfassung dargelegt worden, wird die Nothwendigkeit einer weitem Ausbildung derselben begründet. Darauf geht die Einleitung zu der erwähnten Darlegung der Grundzüge der Kirchenverfassung über, worüber sie sich in folgender Weise äußert:

Die erste Gemeinschaft von Menschen, in welcher der Geist christlicher Frömmigkeit eine eigenthümliche Gestalt gewinnt, ist die Familie. Der natürliche Vertreter der Familie ist der Hausvater. Durch die Hausväter werden am natürlichsten und sichersten die Wünsche, Bedürfnisse und Rechte aller Familienmitglieder vertreten. Die Verammlung der evangelischen Hausväter und unbefolgener, selbständiger Männer, oder die Verammlung der Männer, welche jene als die Männer ihres Vertrauens bezeichnen, ist die evangelische Gemeindeversammlung, von welcher jeder Auftrag und jede Befugnis der Anordnung in der christlichen Kirche ausgeht. Ihr werden in dem Verfassungsentwurf zuerst ihre Pflichten, sowohl ihre allgemein christlichen, als ihre besonders kirchlichen Pflichten, erst und bestimmt vorgehalten — denn ohne Erfüllung von Pflichten gibt es keine Rechte — und dann erst wird der Umfang ihrer Rechte festgesetzt. Diese Gemeindeversammlung hat ihre Presbyterien zu wählen, und einen berechtigten Antheil an der Wahl und Bestellung der Pfarrer zu üben. Ohne Beirath und Genehmigung dieser Gemeindeversammlung darf über Vermögen und Eigenthum der Gemeinde nicht verfügt werden. Aus der Gemeindeversammlung jeder Pfarrei geht der Kirchengerichtsrath hervor, dessen Mitglieder nicht lebenslang ihren Auftrag haben, sondern in gewissen Zeiträumen gewechselt werden können. Der Kirchengerichtsrath besorgt mit dem Pfarrer die Leitung des ganzen kirchlichen Gemeinschaftslebens, und hilft zur Erhaltung und Belebung des religiösen und sittlichen Lebens. Ihm stehen Helfer oder Diakonen zur Seite, deren Pflicht die Unterstützung der Armen und Kranken ist. Mehrere Gemeinden schließen sich zu einer Diözese zusammen; in der Diözessynode ist jede Gemeinde des Bezirks durch ihren Pfarrer und einen ihrer Ältesten vertreten. Sie hat Kenntniß zu nehmen von dem Stande des sittlichen und religiösen Lebens im Bezirk; sie hat für die Gemeinden des Bezirkes selbständige Anordnungen zu treffen, und sie hat über allgemeine Angelegenheiten der ganzen Landeskirche Anträge an den Oberkirchenrath und die Generalversammlung zu stellen. Sie hat den Defak auf je sechs Jahre zu wählen, und ihm einen ständigen, aus Geistlichen und Weltlichen bestehenden Synodalausschuß zur Seite zu stellen, an dessen Mitwirkung der Defak in gewissen Fällen gebunden ist. Die ganze Landesgemeinde wird durch die Generalversammlung vertreten. In ihr erscheinen aus jedem der 24 Wahlkreise des Landes ein gewählter Pfarrer, und ein durch die Kirchenältesten gewählter weltlicher Deputirter. Die Mitglieder des Oberkirchenraths sind, wenn sie nicht gewählt werden, nicht Mitglieder der Generalversammlung, haben aber das Recht, in allen Sitzungen derselben zu erscheinen und gehört zu werden. Alle fünf Jahre tritt die Generalversammlung zusammen. Sie wählt ihren Präsidenten. Ihre Sitzungen sind für evangelische Familienväter öffentlich. Sie wirkt mit bei der kirchlichen Gesetzgebung, hat das Recht der Beschwerde gegen den Oberkirchenrath, prüft und beräth alle Vorlagen der Diözessynoden, und bewilligt die allgemeinen kirchlichen Ausgaben. Ohne ihre Zustimmung dürfen Agenden, Katechismen u. dgl. Bücher nicht eingeführt werden. Sie wählt einen ständigen Synodalausschuß, dessen Mitglieder außerordentliche Oberkirchenräthe sind, und ohne deren Mitwirkung der Oberkirchenrath wichtige Beschlüsse nicht fassen, wichtige Vorlagen an den Großherzog nicht machen kann. Namentlich bei Besetzung der Pfarrstellen, bei Stellen im Oberkirchenrath, bei Entlassung von Kirchenbeamten, bei Ertheilung von Zulagen, bei der Prüfung der Kandidaten des Predigamtes wirkt der Synodalausschuß mit. — Aus dieser Uebersicht erhellt, wie im treuen Anschluß an das bisher Bestehende die Gestalt der Gemeinden und ihrer Vertretung durch den vorliegenden Entwurf sehr ansehnlich erhöht worden ist. Von den untersten Kreisen der Diözessynode bis in die höchsten Kreise des Kirchenregiments be-

gleitet die Wirksamkeit der Gemeindevertretung jede kirchliche Thätigkeit. Es kann im ganzen Leben der Kirche nichts geschehen, ohne daß die legitime von den Gemeinden gewählten Vertrauensmänner mit dabei thätig sind. Sogar im Oberkirchenrath sitzen Männer, die legitim ihren Beruf von dem Vertrauen der Gemeinden herleiten; und jedem Defak, der selbst von der Diözessynode gewählt ist, steht der ständige Ausschuß zur Seite. Was verlangt worden ist, daß der Selbständigkeit des Konsistoriums eine Stärkung des Gemeinderechtes, eine Erweiterung des presbyterialen und synodalen Lebens zur Seite stehe, das ist in diesem Entwurf mit einer Konsequenz und in einer Fülle erreicht, daß darüber hinaus nicht wohl gegangen werden kann, wenn die konsistoriale Seite unserer Kirchenverfassung nicht ganz aufgegeben werden soll.

Außer dieser abgestuften Gemeindevertretung kommen nun weiter in Betracht die Diener und Behörden der Kirche. Das Wichtigste ist hier die Ernennung der Pfarrer. Es hat bei dieser Ernennung allerdings die Gemeinde das größte Interesse. Es liegt daran, daß ihr die Möglichkeit gegeben werde, Persönlichkeiten fernzuhalten, welche nicht im Stande wären, Vertrauen und dadurch Boden für ihre Wirksamkeit in der Gemeinde zu gewinnen. Es muß ihr die Möglichkeit gegeben werden, den Mann ihres Vertrauens in ihre Mitte zu rufen. Allein es muß dafür gesorgt werden, daß es wirklich die Gemeinde und nicht eine augenblicklich zum Uebergewicht gekommene Partei in der Gemeinde sei, von welcher jener Ruf ausgeht. Es muß nicht so kommen können, daß von zwei etwa gleich sich entgegengesetzten Parteien die eine mit wenigen Stimmen Uebergewicht der ganzen Gemeinde ihren Parteimann aufdrängt. Es kann also die Wahl der Gemeinde nur dann von Bedeutung sein, wenn eine solche Mehrzahl von Stimmen sich auf einen vereint, daß dieser wirklich als der Mann der Gemeinde, und nicht als der Mann einer Partei in der Gemeinde erscheint. Dieses hat man dadurch zu erreichen gesucht, daß zur Gültigkeit einer Pfarrwahl drei Viertel der Stimmen gefordert wurden. Ist eine Gemeinde so in Parteien gespalten, daß sich nicht eine bedeutende Mehrzahl von Stimmen auf einen Mann vereinigen läßt, dann muß ihr vielmehr ein Mann zum Pfarrer gegeben werden, der im Stande ist, die Parteien zu versöhnen. Dieser kann aber nicht selbst durch eine der Parteien gewählt werden; er wird sicher nur von der Kirchenregierung gefunden werden. Eine solche von Parteien zerrißene Gemeinde verliert also billig für dieses Mal ihr Wahlrecht, und der Pfarrer wird auf die bisher übliche Weise von der Behörde, die alle möglichen Persönlichkeiten kennt, ernannt. — Allein es gibt bei der Pfarrwahl auch noch andere Gesichtspunkte, als bloß den der Gemeinde. Diejenigen Männer, welche einmal sich dem geistlichen Stand gewidmet, dafür ihre Studien gemacht und oft ihr Vermögen geopfert haben, wollen, wenn sie den Anforderungen, die man an sie stellt, Genüge geleistet haben, auch eine sichere Aussicht auf Anstellung und Versorgung, auf Besserstellung für ihr höheres Alter. Diesem billigen Wunsch muß Rechnung getragen werden. Es wird ihm dadurch entsprochen, daß die Pfarreien nach ihrem Einkommen in Klassen getheilt werden. Wenn nun ein junger Mann durch Wahl der Gemeinde eine Stelle erhält in einer Klasse, auf welche er nach seinem Alter noch keinen Anspruch hat, so muß er so lange, bis er das betreffende Alter erreicht, einen Theil der Einkünfte der Pfarrei abgeben. Aus diesen Abgaben wird eine Kasse gebildet, aus welcher den älteren Männern, welche sich entweder einer Gemeindevahl gar nicht unterwerfen wollen, oder in der Gemeindevahl unterlegen sind, solche Zulagen gereicht werden, daß sie auch beim Verbleiben auf ihren geringer dotirten Stellen doch in die Befoldung einrücken können, die ihrem höheren Alter gebührt. Endlich aber hat auch die Kirchenregierung ein Interesse bei der Besetzung der einzelnen Pfarrei, und es muß also auch ihr ein Einfluß auf dieselbe gestattet werden. Es ist dies dadurch erreicht, daß die Pfarrwahl durch die Gemeinde nicht ganz freigegeben, sondern auf diejenigen Männer beschränkt ist, welche ihr von dem Oberkirchenrath mit Einschluß des Synodalausschusses und mit Genehmigung des Großherzogs vorgeschlagen werden. So glauben wir auf eine Art der Besetzung der Pfarrstellen gekommen zu sein, durch welche die Einzelgemeinde, die Gesammlandeskirche und der Predigerstand auf gleiche Weise in ihren begründeten Ansprüchen befriedigt werden. Ueberdies haben wir Sätze vorgeschlagen, durch welche, wie wir hoffen, jede Art unwürdiger Bewerbung der Pfarrer um eine Stelle abgeschnitten sein wird.

Die oberste Behörde der Kirche ist der Oberkirchenrath, dessen Mitglieder vom Großherzog ernannt werden. Durch ihn übt der Großherzog, ohne das Wissen einer andern Behörde, das ihm zustehende Kirchenregiment. Es wird genau vorgezeichnet, in welchen Fällen der Oberkirchenrath selbst beschließen und anordnen darf, über welche Fälle er an den Großherzog Vortrag zu erstatten hat. Es tritt ihm mit gleicher Stimmberechtigung in allen wichtigen Fällen ein Ausschuß der Generalversammlung zur Seite. Er ist an die durch die Generalversammlung beschlossenen und von dem Großherzog sanktionirten Kirchengesetze gebunden. Er hat die ganze kirchliche Verwaltung zu überwachen und zu leiten; aber die General-

synode hat von seiner ganzen Verwaltung Einsicht zu nehmen und ist befugt, Beschwerde gegen etwa gefundene Mißbräuche beim Großherzog zu erheben. Man sieht, es besteht die Konsistorialverfassung im Oberkirchenrath fort, aber sie ist so sehr durch presbyteriale und synodale Einwirkung gemildert, als sie nur gemildert sein kann. Die wahre und innige Verbindung der Konsistorialverfassung mit der Synodaleverfassung ist in dem vorgelegten Entwurf wenigstens ehrlich und rückhaltlos angestrebt und, wie wir glauben, in den Hauptpunkten wirklich erreicht.

Noch Eines muß erwähnt werden. Die evangelische Kirche in Baden steht für jetzt auf sich selbst, ohne Verfassungseinheit mit den übrigen deutschen evangelischen Kirchen. Aber es spricht sich in dem vorgelegten Entwurf der Wunsch einer Vereinigung mit ihnen, das Streben nach einer deutsch-evangelischen Kirche an zwei Stellen aus. Wird dieser Entwurf angenommen, so wird nicht bloß der Großherzog von Baden der erste deutsche Fürst sein, auf dessen Veranlassung eine Fürbitte für das gesammte deutsche Vaterland in das allgemeine Kirchengebet gekommen ist, sondern die evangelische Kirche im Großherzogthum Baden wird auch die erste sein, welche in ihrer Verfassung die Anknüpfungspunkte zur Verfassung einer evangelisch-deutschen Gesamtkirche geboten hat. \*)

Den Gemeinden der evangelischen Landeskirche legen wir hiermit den Entwurf zur revidirten Kirchenverfassung vertrauensvoll vor. Wir wünschen und bitten, daß derselbe vorurtheilslos geprüft werde. Wir hoffen, daß man sich allgemeine von der Nothwendigkeit einer Veränderung, und von der Zweckmäßigkeit dieser Art der Veränderung in der bestehenden Verfassung überzeugen werde. Wir vertrauen, daß die Gemeinden zur bevorstehenden Generalversammlung Männer abordnen werden, welche, in den Hauptgrundfragen mit uns einverstanden, von der Ueberzeugung ausgehen werden, daß die gewöhnliche freie und höhere Stellung des Konsistoriums notwendig eine Stärkung und Kräftigung der Presbyterien und Synoden im Gefolge haben müsse; Männer, welche durch den reichen Schatz ihrer Erfahrung, durch ihre Kenntniß der Zustände, Wünsche und Bedürfnisse der Gemeinden, und durch treuen, redlichen, verständigen Sinn befähigt sein werden, in dieser wichtigen Angelegenheit Das zu beschließen, was dem ewigen Gott zum Wohlfallen, unserem verehrten Großherzog zur Freude, und unsern theuern evangelischen Gemeinden zum wahren und dauernden Segen gereichen kann. Das wolle der allmächtige Gott!

Deutschland.

Karlsruhe, 17. Apr. Ueber den Haushalt der Gemeinde hiesiger Residenz gibt eine sehr erfreuliche Uebersicht der so eben im Druck erschienene Rechnungskassenberichter über die Verwendung der für die städtischen Kassen erhobenen Gelder in dem Rechnungsjahr 1860, welchem Rechnungsauszüge von städtischen Anstalten und Stiftungen beigelegt sind. Die Stadtkassenrechnung weist eine Einnahme von 199,649 fl. 49 kr. nach, 24,945 fl. 33 kr. mehr als der Boranschlag betrug, und eine Ausgabe von 194,172 fl. 51 kr.; es verbleibt also ein Rest-Kassenvorrath von 5476 fl. 58 kr. Unter den bedeutendsten Einnahmen erscheinen jene aus Stroi im Betrage von 69,624 fl. 12 kr.; sodann verschiedene Umlagen mit 9,628 fl. 4 kr., Ertrag aus Stand- und Boutiquenzinsen 21,280 fl. 43 kr., Ertrag des Pflastergeldes 9924 fl. 32 kr. u. s. w. Die bedeutendsten Ausgaben sind: Verwendungen auf Sicherheits-, Armen-, Feuer- u. Polizei mit 23,315 fl. 53 kr., auf Kirchen und Schulen: 11,172 fl. 47 kr., auf Damm-, Fluß-, Brücken-, Wegbauten, Pflasterungen: 15,232 fl. 41 kr. u. s. w. Der Vermögensstand der Stadtkasse berechnet sich folgendermaßen. A. Vermögen: 1) Liegenschaften 316,918 fl., 2) Fahrnisse 54,643 fl. 36 kr., 3) Einnahmeverbindlichkeiten 193,983 fl. 47 kr., 4) Kassenvorrath 5476 fl. 58 kr., 5) Borräthe 3611 fl. 37 kr.; zusammen 574,633 fl. 58 kr. B. Schulden: Ausgabestücke 5445 fl. 41 kr., also Rest reines Vermögen 569,188 fl. 17 kr.; dasselbe hat sich seit dem Rechnungsjahre 1859 um 74,663 fl. 9 kr. vermehrt und ist diese Vermehrung größtentheils von den Einnahmestücken, der neuen Einschätzung der Gebäude und Messgeräthschaften, sowie durch den von der Amortisationskasse überwiesenen Reservefond für die Wasserleitung entstanden.

Mannheim, 16. Apr. Ein hier wohnhafter Privatmann, Dr. Laurent, dessen ausgezeichnete Lichtbilder von Benedig vor einigen Jahren gerechtes Aufsehen erregten, hat in den folgenden Jahren sowohl in der Verbereri, als in Egypten und Nordnubien Reisen behufs der Aufnahme der dortigen Ueberreste des Alterthums unternommen. Die von diesen Reisen hergestammten Bilder sind Meisterwerke der Photographie. Nun ist derselbe gerade beschäftigt, die ägyptischen Bauwerke von

\*) Diese Stellen sind enthalten in §§. 1 und 2 des Entwurfs, worin es heißt: §. 1. Die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche des Großherzogthums Baden ist ein Theil der evangelischen Kirche Deutschlands und betrachtet sich mit dieser als ein Glied der evangelischen Gesamtkirche. §. 2. Sie hält es für ihre Aufgabe, in eine organische Verbindung mit den übrigen evangelischen Kirchen Deutschlands zu treten.

Cairo bis zu den Wasserfällen des Nils in einem Werk herauszugeben, dessen Widmung, wie wir hören, Sr. Königl. Hoheit der Großherzog angenommen hat. Ein begleitender Text wird das Geschichtliche der Tempel- und Palastbauten u. s. f. in Kürze angeben.

Der Hr. Herausgeber hat sich nicht abgeneigt gezeigt, seine Sorgfalt in Behandlung seines ausgezeichneten Apparats auch den vaterländischen Alterthümern zuzuwenden, deren Veröffentlichung auf diesem so empfehlenswerthen und auch noch dem Privatmann zugänglichen Weg der Geschichts- und Alterthumswissenschaft erheblicher Gewinn in Aussicht stünde. Namentlich wäre sehr wünschenswerth, daß Hr. Dr. Laurent sich entschliesse (wozu auch Hoffnung vorhanden ist), die berühmten Alabasterarkophagen aus Volterra, einst ein päpstliches Geschenk an den Kurfürsten Karl Theodor, auf photographischem Weg zu vervielfältigen, da mit Ausnahme der Mainzer Gypsabgüsse noch keine Sammlung Abbildungen derselben besitzt.

**Stuttgart, 15. Apr. (Ulm. Schn.)** Die beiden Flüchtlinge Karl Mayer aus Ehlingen und Ludwig Pfau aus Heilbronn werden sich nach zwölftägiger Verbannung in ihre Heimath zurückgeben und sich den Gerichten stellen.

**München, 16. Apr.** Die „Süddeutsche Ztg.“ meldet, daß sich der Abschluß der Verhandlungen der Mainzöller Konferenz etwas verzögern wird, weil der Bevollmächtigte Wabens um neue Instruktionen von seiner Regierung gebeten habe, deren Eintreffen indessen in wenigen Tagen schon erfolgen könne. Als bestimmt dürfe schon jetzt angenommen werden, daß die Konferenz eine bedeutende Ermäßigung der Mainzölle und die Aufhebung der Refognitionsgebühren beschließen werde; für die von unserer Staatsregierung gewünschte völlige Aufhebung der Mainzölle soll nur der Bevollmächtigte Frankfurts gestimmt haben.

**Vom Main, 16. Apr.** Sobald die Bewaffnung der Bundesfestungen mit gezogenen Geschützen vollständig durchgeführt ist, sind alle 8-, 12- und 18-Pfünder-Batterie-Kanonen ausgeschieden, und es modifizirt sich dadurch der Pulverbedarf sämtlicher Bundesfestungen so bedeutend, daß schon jetzt mit dem bereits angeordnet gewesenen Bau neuer Kriegspulvermagazine innegehalten und selbst ein Theil der Friedensmagazine eingezogen werden kann. Für Mainz, Rastatt und Landau sind die entsprechenden Beschränkungen schon verfügt.

**Kassel, 15. April. (Fr. Z.)** Die Erfolglosigkeit der besonderen Anstrengungen, welche die Regierung im ganzen Lande macht, um bei den bevorstehenden Wahlen zur Zweiten Kammer ein ihr günstiges Resultat zu erzielen, zeigt sich schon jetzt zur Genüge. Wohin man hört, ist man fest entschlossen, auf dem betretenen Wege weiterzugehen, in dem Bewußtsein, sich hierbei auf rechtlich völlig statthafte Boden zu bewegen. Hier in der Residenz ist es nicht zweifelhaft, daß man wiederum die H. H. Nebelthau und Hartwig wählen, und daß jeder Schritt, welcher gethan wird, von einem Protest begleitet sein werde.

**Koblenz, 16. Apr.** Bekanntlich haben mehrere der mittlern und kleinern Staaten Norddeutschlands das preussische Exerzium bei ihren Truppen eingeführt, wodurch, und vielleicht auch aus andern Gründen, diese Bundesstaaten veranlaßt worden sind, ihre Kontingente durch preussische Offiziere befehligen zu lassen, welche zu diesem Zweck kommandirt oder beurlaubt sind. Dieser Gebrauch ist so eben auch auf das groß. mecklenburg-strelitz'sche Kontingent zur Anwendung gekommen, außer welchem nun folgende Truppen von preussischen Stabsoffizieren befehligt werden: die groß. sächsischen, die groß. odenburgischen, die herzogl. anhalt-bernsburgischen, die herzogl. anhalt-bernsburgischen, die herzogl. sachsen-sorgburg-gothaischen, die herzogl. sachsen-altenburgischen, die fürstl. waldeck'schen, die fürstl. reussischen und die fürstl. lippe-detmold'schen.

Der projektierte Bau einer Eisenstraße vom Rhein nach Trier hat zu einem vielfachen Studium der verschiedenen in Vorschlag gebrachten Linien Anlaß gegeben, und, wie man hört, zu dem Resultat geführt, daß die Linie auf dem linken Moselufer von hier bis Alf und weiter auf Wittlich als die beste und wohlfeilste ermittelt worden. Es werden auf dieser überhaupt nur 3 Tunnel nöthig sein und der Bau nicht mehr als 13 Millionen Thaler in Anspruch nehmen, was weit weniger beträgt, als die andern Linien, und außerdem den Vortheil bietet, daß diese um 2 1/2 Meilen kürzer als jede andere ist.

Es ist in öffentlichen Blättern viel von einer rechtsrheinischen, von Ehrenbreitstein nach Deuz oder Siegburg zu erbauenden Eisenbahn die Rede gewesen, für welche sich namentlich der Fürst von Neuwied in Berlin sehr verwendet hat; aber diese Linie darf einer der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft gegebenen Zusicherung zufolge vor dem J. 1875 nicht zur Ausführung kommen, und es kann daher von diesem Bau jetzt keine Rede sein.

**Köln, 15. Apr. (Fr. Z.)** In der zwischen Deuz und Mülheim liegenden Maschinenfabrik und Eisengießerei von der Zypen und Charlier sind für Preußen 1 Million Spitzkugeln für gezogene Kanonen in Auftrag gegeben worden.

**Hannover, 15. Apr.** Aus Bayern ist an unsern Justizminister die Anfrage ergangen, ob sich bei uns die Schöffengerichte bewährten, und darauf die Antwort erfolgt, daß sie allen Anforderungen entsprächen.

**Hamburg, 15. Apr.** Aus der Bertheidigungsschrift des dänischen Erministers Naas löst geht hervor, daß der ganze Gesegentwurf über das Provisorium den Ständen durchaus nicht zur konstitutionellen Beschlußnahme, sondern bloß zur Beratung vorgelegt war, weshalb auch mit Absicht das Wort „Beschlußnahme“ Seitens der Regierung gänzlich vermieden worden war. Was das Budget betrifft, so weist Naas löst nach, daß Hall die Auffassung, als habe die Regierung den Ständen durch §. 13 das Budget vorgelegt, erst am 22. März,

in Folge der dringenden Vorstellungen, welche ihm die fremden Gesandten am 21. gemacht, in seinem Briefe an Naas löst ein-zuschmuggeln gesucht habe.

**Aus Holstein, 14. Apr. (Fr. P. Z.)** Am 13. des Morgens fand man in Altona an den Straßenecken eine Proklamation angeschlagen, welche wenigstens indirekt die beurlaubte holsteinische Mannschaft zum Ungehorsam gegen den erlassenen Einberufungsbeehl aufforderte. Die Plakate wurden von der Polizei entfernt.

**CS. Berlin, 15. Apr.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden die Etats für das Finanzministerium, für die verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassenverwaltung, für die Münze, für die Eisenbahn-Verwaltung, ohne Diskussion erledigt. Der Kosten für die ostasiatische Expedition wurde mit keinem Wort gedacht. Nach Erledigung von Petitionen nimmt das Haus ohne Diskussion den Pstrowski'schen Antrag, betreffend die Bildung der Urwahlbezirke, an und vertagt sich auf Freitag. Auf eine Interpellation des Abg. v. Rosenberg-Lypinski gibt der Regierungskommissär für das Finanzministerium die Erklärung ab, daß noch im Laufe der Session der Plan zur Vertheilung der für die Gehaltsaufbesserungen bestimmten 225,000 Rthlr. dem Hause zur Genehmigung vorgelegt werden sollte.

In der heute in Stettin abgehaltenen Generalversammlung der Stettin-Berliner Eisenbahn-Gesellschaft wurde der Bau der vorpommerschen Bahn mit 859 gegen 17 Stimmen genehmigt. Für die beantragte Statutenänderung erklärten sich 459, gegen dieselbe 362, und ward dieselbe, da die notwendige Zweidrittel-Majorität nicht erreicht war, somit abgelehnt.

**Breslau, 12. Apr. (Schles. Z.)** Gestern früh versammelten sich die hiesigen Polen zu einem feierlichen Gottesdienste in der St. Mauritius-Kirche für die am 9. d. in Warschau Gefallenen.

**Gotha, 13. Apr. (N. Fr. Z.)** Auf Veranlassung der sächsischen Regierung ist durch die hiesige Polizeibehörde die von hiesiger Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme einer in einer hiesigen Buchdruckerei gedruckten Predigt des Dr. Beyer vollzogen worden. Es ist dieses dieselbe Predigt, welche Beyer am 23. Sept. 1860 vor der deutsch-katholischen Gemeinde in Leipzig gehalten hat und welche seinen Weggang von Leipzig und seine Verurtheilung in Hamburg zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe zur Folge hatte.

**Dresden, 13. Apr. (Dr. Z.)** Gestern Abend um halb 8 Uhr verschied hier am Herzschlag die am 30. Jan. 1815 zu Leipzig geborene Prinzessin Sophie zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.

**Wien, 13. Apr.** Das Staatsministerium hat den Ruthenen Galizien's nicht bloß den Gebrauch ihrer eigenthümlichen Schrift bei Eingaben an Verwaltungsbehörden gestattet, sondern es sollen auch die Bescheide in diesen Schriftzeichen verabsolgt werden.

**Wien, 14. Apr.** Der gestern in einem Pester Telegramm erwähnte Armeebefehl Benedek's wurde durch die Verleihung der Verfassung veranlaßt. Der Feldzeugmeister zählt in demselben u. A. die Gegner des Seligen des großen Werkes auf und bezeichnet als solche von außen feindliche Regierungen, von innen Advokaten und Doktoren ohne Praxis, ehrs- und geldgierige Journalisten, unzufriedene Professoren und Schullehrer, die alle eine Rolle spielen und Karriere machen wollen, den verschuldeten kleinen Adel, für den auch unser Herrgott keine Verfassung zurecht machen könnte, um damit dessen Schulden zu bezahlen, und endlich einige „feige Magnaten“, die aus Furcht, ihre Popularität aus Spiel zu setzen, mit der Strömung schwimmen und in der Angst das Augenmerk ganz übersehen, daß der Boden unter ihren eigenen Füßen schwindet, wenn sie nicht herz- und standhaft zum Thron halten. Die letztere Stelle hat ohne allen Zweifel den in dem Telegramm erwähnten Beschluß veranlaßt. Wir erinnern daran, daß Benedek selbst in Ungarn geboren ist.

Die „Wien. Ztg.“ bringt die Mittheilung, daß dem Dr. Zeißl der Titel eines außerordentlichen Professors an der Wiener Universität verliehen sei. Es ist dies der erste Fall, daß einem Juden diese Auszeichnung zu Theil wird.

**Wien, 14. Apr. (A. Z.)** Während des gestrigen Tages beschäftigte alle Kreise der Stadt der unangenehme Vorfall zwischen den H. H. Schuselka und Berger. So unerfreuliche Betrachtungen die Sache nach allen Seiten hin erweckte, so erfreulich äußerte sich überall die thätbereite Parteinahme für einen Mann, der seit dem Erwachen des politischen Bewußtseins in Oesterreich in den vierziger Jahren bis auf diesen Tag, bei Sonnenschein und Sturm, immer treu zur Sache der Freiheit und Größe Oesterreichs gestanden, und dabei freilich keine Reichthümer gesammelt hat. Es ist bedauerlich, daß die geringe parlamentarische Erfahrung des Landesmarschalls es zu einer Diskussion über diese Privatangelegenheit im Landtag kommen ließ. Was soll man aber zu der dort gegebenen Erklärung des Dr. Berger sagen: er habe Schuselka durch die schonungslose Aufdeckung seiner Finanzverhältnisse nicht verletzen wollen, während Schuselka ihm heut eine sehr wesentliche Entstellung nachweist? Berger veräußerte seine Forderung nicht an einen ihm fremden Mann, und nicht mit Verlußt; nun weiß aber Jeder, was es heißt, wenn man drucken läßt: eine Forderung an den N. N. sei nur mit großem Verlust an den Mann zu bringen! Der hiesigen Stimmung nach zu urtheilen dürfte für Hr. Berger das „Dravo!“ des Landtags wenig Echo finden, und er muß sich mit dem Ruhme trösten, der Welt das ganz neue Beispiel gegeben zu haben, wie „politische Freunde“ in einer schwer bewegten Zeit einander um — 200 fl. willen unmöglich zu machen suchen. Im Uebrigen drängen sich von anderen Seiten die Beweise der Sympathie für Schuselka. Aus dem Kreise der Großgrundbesitzer ging eine Erklärung hervor, des Inhalts: man würde mit Vergnügen die Hand bieten, um seine mißlichen Verhältnisse in ehrenvoller Weise zu ordnen, vor-

ausgesetzt, daß er diese Hilfe von politischen Gegnern nicht zurückweisen werde. In der Bürgerschaft begegnen sich die Projekte, durch eine Nationalsubskription dem wackern Mann ein für allemal eine unabhängige Existenz zu begründen. Daß er in seinem Wahlbezirk ein neues Mandat erhält, ist unzweifelhaft. Ebenso beantwortete gestern eine Generalversammlung des Schriftstellervereins Concordia Schuselka's Rücktrittserklärung mit dem einstimmigen Beschluß: ihm den Vorsitz für immer zu übertragen. Eine Deputation holte ihn aus seiner Wohnung ab in das Versammlungslokal, wo er mit nicht enden wollendem Hoch und Willkommen begrüßt wurde. Sichtlich ergriffen erklärte Schuselka, daß er den Beschluß dankend aufnehme wie er gemeint sei, jedoch mit einer Abweichung von dem natürlichen und statutenmäßigen Wege nicht einverstanden sein könne.

**Wien, 15. Apr. (A. Z.)** Heute geht eine Deputation der evangelischen Gemeinden zum Kaiser und von dort zum Minister v. Schmerling, um ihren Dank für das neue Protestantengesetz auszusprechen, welches hier mit allgemeiner Befriedigung, ja wir möchten sagen Begeisterung aufgenommen wurde. Die gestern in allen drei evangelischen Kirchen abgehaltenen Dankespredigten ergossen sich in Lobesworte für den Kaiser Franz Joseph I. An der Bildung der Gemeinden, Seniore, Superintendenz, und des Oberkirchenraths wird stark gearbeitet, und man sieht der baldigen Einberufung einer Synode entgegen, welcher dann die Wahlen der geistlichen Würdenträger, die bis jetzt landesfürstlich angestellt sind, zufallen wird.

**Wien, 16. Apr. (Fr. Bl.)** Die Ansammlungen in den Straßen, besonders auf dem Stephansplatz und dem Graben, haben sich heute wiederholt. Die Anwesenden bestanden wiederum meist aus Neuzierigen. 26 Verhaftungen fanden statt; die Verhafteten waren fast durchgehends Lehrlinge, welche durch Pfeifen Lärm zu machen versuchten. Die Ruhe und Ordnung wurde bald wieder hergestellt.

**Wien, 16. Apr.** Die gestrigen Versuche zu einer Kagenmuff für den Landtagsabgeordneten Berger wurden heute in größerem Maßstab wiederholt. Große Massen meist Neuzieriger, welche in den naheliegenden Straßen versammelt waren, wurden durch die Polizeiwache und das Militär ohne jede Gewaltanwendung zerstreut.

**Prag, 12. Apr.** Man schreibt der „Presse“: Beachtenswerth ist, daß den Gezeiten das „Böhmische“ selbst unbequem zu werden anfängt, und daß dieselben, nachdem sie das Prinzip gewahrt, jetzt recht beglücklich sich des ihnen so geläufigen Deutsch bedienen. Gestern sprach nur einmal ein Abgeordneter, Klaudi, „böhmisch“. Nieger, Gupr, Tschet u. s. w. debattirten deutsch.

**Prag, 15. Apr. (Ost. N.)** Da der Oberlandmarschall Graf Rostiz krank ist, präsidierte der heutigen Landtag's-Sitzung dessen Stellvertreter Dr. Wanka. Die Landes-Auswahlkommission dauerte von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends; das Resultat ist den deutschen Großgrundbesitzern günstig. Der Schluß der Sitzung war äußerst stürmisch; die Gezeiten verlangen Aufschub der Reichsrathswahlen um 24 Stunden; Klaudi, zur Ordnung gerufen, spricht weiter; Nieger und Clam äußern sich heftig. Der Präsident gewährt ohne Abstimmung den Aufschub. Situation bedenklich. Minister Schmerling wird morgen früh erwartet; er hat sich alle Optionen vorbehalten.

**Jansbrück, 12. Apr.** Ein in der heutigen Landtag's-Sitzung von den italienischen Vertretern (Fürstbischof von Trient, Sartori, Riccabona und Strosio) gestellter Antrag verlangt, wie die „B. und S.“ sagt, nicht mehr und nicht weniger, als ein eigenes Landesstatut und einen eigenen Landtag für Welschtyrol, jedoch mit Beibehaltung des Provinzialverbandes. Zur Vorberatung dieses Antrages wurde die Wahl eines Ausschusses beschlossen.

### Oesterreichische Monarchie.

**Kraufau, 15. Apr.** In Folge der Warschauer Ereignisse haben täglich tumultuariöse Demonstrationen unter der Form von Projektionen stattgefunden. Die Behörden haben Erlasse veröffentlicht, durch welche diese Kundgebungen verboten werden. Der „Gas“ rath energisch zur Ruhe, um von der Stadt das Unglück abzuwenden, welches ihr sonst drohe.

**Lemberg, 15. Apr. (Ost. N.)** Hofrath Mosch eröffnete heute den Landtag. Hierauf erfolgte die Vorstellung und Vertheidigung der Markhälle, dann die Uebergabe des Dtoberdiploms in deutscher, polnischer und ruthenischer Sprache. Die Großgrundbesitzer gaben durch den Grafen Adam Potocki die feierliche Erklärung ab, daß sie auf die Ständevorrechte verzichten und die Robotaufhebung anerkennen. Das ganze Haus brach in begeisterten Jubel aus. Es erfolgt dafür der Dank der Bauern durch die ruthenische Geistlichkeit. Im Hause herrscht die versöhnlichste Stimmung und man beschloß eine Dankadresse an den Kaiser. Die Wahlprüfungs-Kommission wurde aus dem ganzen Landtage und nicht aus Gruppen gewählt.

### Italien.

Der Großherzog Ferdinand von Toskana hat aus Dresden vom 26. März folgende von der „Allgem. Ztg.“ in französischer Sprache mitgetheilte Proklamation gegen das italienische Reich erlassen:

Zwei Jahre lang hat Piemont in Italien sein Unsturzwerk getrieben, vor keinem Mittel zurückweichend, bald der Intiguie, bald der Gewalt sich bedienend. Die heiligsten Rechte mit Füßen tretend, der Ehrlichkeit vergessend, die es der Majestät des Papstes schuldig ist, die hohen Interessen des Katholizismus in Gefahr legend, die Bande der Verwandtschaft verachtend, den Verrath belohnend, Krieg in die Nachbarstaaten tragend, ohne ihn erklärt zu haben oder ohne das Ende der für den Gang der diplomatischen Unterhandlungen festgesetzten Frist abzuwarten, sich zum Mißgeschick eines geheimen, vor seiner Ausführung getadelten Angriffs machend, der aber verheerlich wurde, als es aus seinem Erfolg einen Nutzen zu ziehen hatte — hat Piemont die rechtmäßigen Fürsten vertrieben oder die Integrität ihrer Besitztümer verlegt. Die Pros-

Konvention des Königreichs Italien bestätigt für jeden Staat der Halbinsel die Vernichtung der individuellen Autonomie, die von dem Wohl und der Ruhe Italiens untrennbar ist. Begründet auf alle Wahrscheinlichkeiten, auf die Verschiedenheit der Charaktere, auf die Verschiedenheit der Lokalinteressen, endlich auf die schönen und alten Ueberlieferungen, welche den Ruhm Italiens ausmachen, konnte und mußte diese Autonomie, welche für die Bevölkerung eben so notwendig, wie sie ihr eigener ist, mit der Größe eines wiederhergestellten Italiens nach einem föderativen Plane zu Stande kommen. Die Verknüpfung eines Königreichs Italien führt jede politische Organisation der Halbinsel um und verlegt die Rechte der rechtmäßigen Dynastien, indem sie zugleich die Grundverträge zerschneidet, an denen alle Mächte Europa's Theil genommen haben; sie ist endlich der breiende Gegensatz zu den Stipulationen von Villafranca, welche zu Zürich unter der Mitwirkung des Königs von Sardinien bestätigt, den Grund des neuen Staatsrechts von Italien bilden sollten. Im Interesse der unverletzlichen Rechte unserer Dynastien, im Interesse des wahren Glücks unseres geliebten Toskana's und ganz Italiens, und mit Bezug auf die früheren Protestationen unseres geliebten Vaters und unsere eigenen glauben wir, daß es heute unsere Pflicht ist, zu protestiren, und wir protestiren in der feierlichsten Weise gegen diesen neuen Akt der Regierung des Königs Viktor Emanuel. Wir haben das feste Vertrauen, daß die europäischen Mächte, von denen mehrere den verschiedenen Erwerbungen der piemontesischen Regierung öffentliche Zeichen ihres Tadelns gegeben haben, einen Tadel nicht anerkennen werden, welcher der ungesetzliche Ausdruck der Ordnung der Dinge ist, welche angeblich in Italien herrscht. — Ferdinand.

**Turin, 13. Apr. (A. J.)** General Garibaldi ließ der Kammer einen Vortrag für eine allgemeine Volksbewaffnung vorlegen. Der Passivrest unseres Budgets beträgt für 1861 die außerordentliche Summe von 267,385,128 Lire, wie aus dem Voranschlag hervorgeht den der Finanzminister eben auf den Tisch des Hauses legte.

**Turin, 16. Apr.** Der „Corr. mercant.“ demüthigt die Ankunft des Marschalls Niel in Genua. Die „Opinione“ behauptet, daß wegen Mangels an der gesetzlichen Zahl der Wähler in den Gemeinderäthen von Venedig, Verona und Vicenza die Deputirtenwahlen nicht stattfinden konnten. In Padua fand sich kein einziger Gemeinderath ein. In Udine wurden als Deputirte drei Bürger vorgeschlagen, die sich gegenwärtig als Gefangene in Dmäs befinden. Dasselbe Blatt veröffentlicht außerdem ein offizielles Schriftstück, das die Einmüthigkeit der österreichischen Regierung in die Wahl der venetianischen Deputirten nachweisen soll. — Das Befinden Garibaldi's bessert sich fortwährend.

**Rom, 13. Apr.** Der Jahrestag der Rückkehr des Papstes nach Rom ist ungeachtet der zur Verhinderung von der liberalen Partei gemachten Anstrengungen gefeiert worden.

**Neapel, 12. Apr.** Vierzig Personen, welche von Rom kamen, wurden verhaftet. Man soll bei ihnen sehr kompromittirende Papiere gefunden und in Folge hiervon mehrere Waffenniederlagen entdeckt haben. Der Polizei wurde angezeigt, daß in der Nähe von Paestum 20,000 Gewehre gelandet werden sollten, aber sie hat keine Spur dieser Landung auffinden können. — Hr. Cajanello befindet sich in geheimer Haft; seine Untersuchung ist im Gang.

### Frankreich.

**Paris, 16. Apr.** Der „Moniteur“ enthält ein Decret, womit die sofortige Ausführung des Saarkanales (canal des Houlleres genannt) und der Abzweigung des Rhone-Rhein-Kanals nach der Stadt Colmar angeordnet wird. Die Kosten desselben sind auf 14 Millionen und diejenigen für den Verbindungskanal mit Colmar auf 1,400,000 Fr. geschätzt; wozu die Stadt Colmar und die Industriellen des Esch 11,800,000 Fr. beitragen. — Ein Brief aus St. Petersburg meldet dem „Pays“, daß Hoffnungen vorhanden sei, der Kaiser von Rußland werde trotz der schmerzlichen Ereignisse, deren Schauplatz Warschau gewesen, die den Polen gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten. — Eine Privatedesche aus Wien meldet, der Kaiser von Oesterreich werde, nach der Rückkehr der Kaiserin, mit dieser eine Reise durch alle Provinzen seiner Monarchie im Laufe des Monats Mai antreten. Das „Pays“ meint, daß der Kaiser sich bei dieser Gelegenheit zum Könige von Ungarn und Böhmen krönen lassen werde. — Die legitimistischen Blätter veröffentlichen ein Schreiben der Herzogin von Caerfario an zwei Damen der höhern französischen Aristokratie, worin Ersterer im Namen der Königin von Neapel für die Unterstützung dankt, welche von französischen Damen den Verwundeten von Gaeta zu Theil wurde. Es heißt in dem Schreiben:

Die Königin hat mit Bewunderung französische Damen und die heldenmüthigen kampfverwundeten Schwwestern den Gefahren eines furchtbaren Bombardements und einer furchtlichen Epidemie trotzen sehen, um mit einer rührenden Hingebung die Verwundeten und Kranken in den Spitälern zu pflegen. Wir bitten Alle für sie; sie allein schienen die Größe ihrer Verlangung nicht zu kennen. Wahlich, inmitten aller Traurigkeit unserer Zeit wüßte das edle Frankreich der Welt das Schauspiel der großmüthigsten Aufopferung zu geben.

**Paris, 16. Apr.** Der „Moniteur“ zeigt heute die von der türkischen Regierung verfügte Blockade der Häfen von Albanien an. Wichtiger als Das, wenn auch weit weniger beobachtet, ist die auf der 3. Seite des offiziellen Blattes angezeigte Erhöhung der Zinsen der Stadtkassenscheine auf resp. 4 1/2 und 5%. Der Staat und die Stadt machen sich nun Konkurrenz: beide zahlen 4%, und auf ein Jahr 5%; auf die Stadtkassenscheine wie auf die Stadtkassenscheine leicht die Bank 80%; dem Kapital muß die Wahl wehe thun. Dies ist vielleicht die Ursache, warum weder im Finanzministerium, noch im Stadthaus der Anbrang besonders groß ist. Uebrigens scheint die Emission von 300 Millionen neuer Stadtkassenscheine (Bons du tresor) nunmehr beschlossen; man möchte eine „Anleihe“ gar zu gern vermeiden, vielleicht bis — der Krieg einen Vorwand bietet. Deshalb läßt man die Kammern auch beisammen, trotzdem man ihnen gar Nichts zu thun gibt, um sie jederzeit zur Hand zu

haben. Wie es übrigens mit den Staatsfinanzen bestellt ist, zeigt die vom „Moniteur“ veröffentlichte Uebersicht der Erträge der indirekten Steuern im ersten Quartal 1861. Trotzdem die Tabaksteuer um 7 1/2%, jene auf Getränke um 5 Millionen hinaus geschraubt ist, ergibt das Gesamtverträgniß dennoch einen Anfall von 5,931,000 Frs. — Die gestern im geheimen Komitee des Gesetzgebenden Körpers stattgehabte Berathung des Gesetzentwurfs wegen Erhöhung der Pensionen für die Landarmee war sehr lebhaft; diese neue wesentliche Belastung des Staatsbudgets findet sehr kräftige Opposition, und es wäre gar nicht unmöglich, daß der Gesetzentwurf für diese Saison zurückgelegt würde. — Das Lager von Chalons wird 4 Infanteriedivisionen und 1 Kavalleriedivision, d. h. die doppelte Stärke der Vorjahre, umfassen.

Die Broschüre des Herzogs von Aumale und das von ihm an den Prinzen Napoleon geschickte Kartell wird noch immer lebhaft besprochen. Wie man sagt, ist der Prinz — wenn auch nicht mit den Vorbereitungen zur Reise nach dem Ort des Stellchens — so doch mit Ausarbeitung einer Antwort beschäftigt. Die Freunde des Palais Royal verbreiten auch die Nachricht, der Prinz habe an den Kaiser geschrieben, um sich wegen der Beschlagnahme der Broschüre zu beschweren. Dem wäre durch Wiederherausgabe der Broschüre leicht abzuhelfen, da man ja ohnedem (wie ich Ihnen gestern sagte) einen Prozeß gegen Hrn. Dumeneay vorerst nicht beabsichtigt. Neben den Standalskränchen tritt hier nämlich noch eine Rechtsfrage auf. Es ist gesetzlich nicht zulässig, gegen den Mitbetheiligten einzuschreiten, ohne auch das Hauptvergehen zu verfolgen. Der Hauptbetheiligte muß also, insofern er abwesend ist, vor das betreffende Gericht zitiert, und, wenn er nicht erscheint, „par défaut“ verurtheilt werden. Wie aber, wenn der Herzog v. Aumale der Zitation Folge leisten und sich stellen würde? Dieser Verlegenheit wird die kaiserl. Regierung sich sicher nicht aussetzen wollen, daher die Sache entweder fallen lassen oder sich durch irgend ein gesetzwidriges Verfahren aus der Affaire ziehen müssen. Die Broschüre des Hrn. Montalembert, „lettre au comte de Cavour“, eine Erwiderung auf dessen Rede in der Turiner Kammer, wird Donnerstag erscheinen. — Wie dies bereits beim fardnischen Konsulat in Marseille der Fall ist, wird diese Woche auch die fardnische Gesandtschaft in Paris, oberhalb ihres Hotels in der rue St. Dominique, die Inschrift: „Königlich italienische Gesandtschaft“ anbringen. — In offiziellen Kreisen ist man hier überzeugt, daß Rußland gegen Polen entschieden den Weg der Gewalt betreten wird. — Der Herzog von Magenta, welcher vorige Woche vom Kaiser empfangen wurde, machte kein Hehl daraus, daß die Ausweisung der Klostergeistlichen aus den Norddepartementen einen ungünstigen Eindruck gemacht habe. Se. Majestät schickte den Marschall mit dieser Vorstellung an Hrn. Rouland, der diese Sache aus eigener Nachvollkommenheit verfügt habe. Der Kultusminister war über diese „Unabhängigkeit“ höchlich verwundert und versicherte dem ersannenen Marschall hoch und theuer, daß er lediglich im Auftrag des Kaisers gehandelt habe. „Man schied mich, scheint es, vom Pontius zum Pilatus“ — äußerte maliziös der Marschall. — Unter der Aufschrift „il faut choisir“ dringt die „Opinion nation.“ (Organ des Palais Royal) heute auf Lösung der italienischen Frage — von Neuzerterminen zur Erhaltung der päpstlichen weltlichen Gewalt will Hr. Guéroult durchaus nichts mehr wissen: entweder, oder — man muß wählen. — Die Südbahn hat ihre Dividende pro 1860 auf 35 Fr. (8 Fr. mehr, als pro 1859) festgesetzt.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 13. Apr.** „Dagbladet“ faßt die bis jetzt getroffenen Maßnahmen, welche die Mobilisirung des Heeres anbahnen sollen, in folgendem zusammen: Sämmtliche 22 Infanteriebataillone haben Befehl erhalten, bis zum 20. Apr. eine große Anzahl ihrer permissirten Mannschaften der jüngsten Altersklassen einzuberufen, daß jedes Bataillon dadurch von einer Stärke von ungefähr 150 Mann auf 400 Mann gebracht werden kann; die Verdoppelung der Bataillone wird dann später folgen. Ebenso sind die beiden Kavallerieregimenter aus Seeland und zwei der Dragonerregimenter auf der Halbinsel beordert worden, sämmtliche noch in den Distrikten befindliche Pferde und ihre ganze mobile Stärke von Mannschafft einzuberufen. Gleiche Befehle sind der Artillerie zugegangen. Die Befestigungsarbeiten in Schleswig werden mit Eifer betrieben und die Ingenieurtruppen haben ihre Mannschaften aus sechs Altersklassen eingezogen. Endlich ist auch Befehl gegeben, den Abmarsch des 7. und 20. Bataillons von Kopenhagen nach Alsen und Schleswig zu beschleunigen. Wie es heißt, wird das Oberkommando der Armee dem Generalleutnant Schöller, kommandirenden General im 3. Generalkommandodistrikt, anvertraut werden.

**Kopenhagen, 14. Apr. (H. N.)** Gestern sind die Befehlshaber für die neuformirten 22 Bataillone ernannt worden; auch im Kommando der älteren Bataillone haben vielfache Veränderungen stattgefunden. Morgen gehen zwei Bataillone mit dem Kriegsdampfer „Holger Danske“ nach Alsen ab.

### Rußland und Polen.

**Warschau, 13. Apr.** In Ploek und Bocklawek hat es viele unruhige Szenen mit Fenstereinschlagen in Wohnungen von hohen Geistlichen und verhassten Beamten gegeben, wobei den Gläsern bei härtester Strafe unterzogen wurde. Die Fenster wieder einzusetzen, was auch Tage lang unterblieb. Dasselbe Schicksal wurde auch dem evangelischen Superintendenten in Ploek zu Theil, weil er sich weigerte, wegen der Warschauer Vorfälle einen Trauer-Gottesdienst abzuhalten.

**Warschau.** Die studirende Jugend von Kiew hat vor einigen Tagen eine sehr sympathische Adresse an die Bewohner von Warschau erlassen. In Folge dieser Demonstration ist eine gewisse Anzahl junger Leute, die zum Theil den größten Familien des Landes angehören, festgenommen und

nach der Zitabelle abgeführt worden. General Ehruloff ist auf dem Marsche nach Lublin am 13. in Koepf angekommen. Er traf dort und an anderen Plätzen das Landvolk ohne Waffen und zum Gebete für Polen versammelt an.

**Breslau, 16. Apr.** Das Mittagsblatt der „Schles. Zeitung“ theilt aus Kalisch mit, daß die dortige Bürgerdelegation und die Bürgerwache auf Befehl des Fürstenthums aufgelöst worden seien. In ihrer letzten öffentlichen Sitzung hat sich die Delegation von dem Publikum unter Hurrahrufen, Thränen und Umarmungen verabschiedet; der Vorsitzende ermahnte auf das eindringlichste zur Ruhe. Die Garnison ist verstärkt worden.

### Vermischte Nachrichten.

**Stuttgart, 15. Apr.** An unserm Hoftheater trat gestern Fräulein Legrain, erste Längerin an der Großen Oper in Paris, mit dem Balletmeister Martin zum ersten Male in dem Ballet „Des Malers Traumbild“ auf und erntete durch ihre bewundernswürdige Kunstfertigkeit großen Beifall. Vor enthusiastischen Kundgebungen scheint aber die Stimmung der Zeit den Franzosen gegenüber unser Publikum bewahrt zu haben. — Der Direktor der drei Zwerge, Piccolo u. s. w., Hr. Schwarz, war dieser Tage hier, um das Nähere wegen eines neuen Gastspiels festzustellen, das nächsten Dienstag beginnen soll und bei dem guten Andenken, in dem die lebenswüthigen kleinen Wimen bei unserm Publikum noch stehen, von ganz ungewöhnlichem Erfolg begleitet sein wird.

In Stuttgart sollen (dem „Heilbr. Tgl.“ zufolge) die Polytechniker und Gymnasialisten damit umgehen, ein eigenes Schützenbataillon zu bilden, wenn sie höhern Orts die Genehmigung erhalten. Bereits halten sie zu dem Zweck vorbereitende Versammlungen.

**Frankfurt, 16. Apr.** Die hiesigen Blätter bringen ausführliche Mittheilungen über die gestrige Versammlung süddeutscher Volksvereine. Die erste Frage betraf die Münzverhältnisse. Hr. Wirth führte in seinem Bericht die verschiedenen Ansichten der über diese Frage vernommenen deutschen Handelskammern an. Die meisten norddeutschen Handelskammern haben sich für Beibehaltung des Thalers ausgesprochen, und nur die Zehntheilung des Groshens beantragt. Die süddeutschen Handelskammern haben sich alle gegen Beibehaltung der jetzigen süddeutschen Währung erklärt; die von Ebing, Leer, Mannheim, Hannover und Königberg aber wollen den 90-Mark-Fuß zu 36 Fr. mit zehnteiliger Groshentheilung zc. eingeführt wissen; auch soll nach ihrer Ansicht eine Goldmünze von 20 solcher Mark, die der englischen Guinee ziemlich gleichkäme, ausgeprägt werden. Für den österreichischen Gulden haben sich erklärt die Handelskammern von Nassau, Heilbronn, Reutlingen, Mainz und Jüniprud. Besondere Anträge stellen Landrath Klingelhoff von Bodenheim, Professor Schröder von Mannheim und Dr. Jung von Mainz. Der letztere spricht sich gegen den von Schröder beantragten 90-Mark-Fuß und für den österreichischen Gulden als Einheit aus. Hr. Dr. Varrentrapp von hier unterstützt den Schröder'schen Antrag; und die Versammlung erklärt hierauf die Annahme des 90-Mark-Fußes (à 36 Fr. oder 40 Egr. mit Zehntheilung des Groshens zc.) für wünschenerwerth. Ueber verschiedene Anträge des Hrn. Klingelhoff wird die Abstimmung abgelehnt, dagegen sein Antrag, die Versammlung spreche die Hoffnung aus, daß sich Hamburg und Bremen dem deutschen Münzsystem anschließen werden, zum Beschluß erhoben. In Bezug auf den deutsch-französischen Handelsvertrag wurden nach längerer allgemeiner und spezieller Debatte folgende Anträge angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß 1) die in einem Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich an Frankreich gemachten Tarifermäßigungen und Vertheiligerungen allen Nationen gleichmäßig eingeräumt werden, und daß 2) in dem Vertrag alle von Frankreich an England gemachten Zugeständnisse auch für den Zollverein maßgebend sein müssen; 3) eine mäßige Herabsetzung der Weinölle kann als Kompensation gegen andere Zugeständnisse von Frankreich bewerkstelligt werden. — Zu 3) wird noch folgender Zusatz von Koll angenommen: Die Aufhebung der Uebergangsteuern in dem Zollverein (namentlich auf Wein) für wünschenerwerth zu erklären und darauf hinzuwirken; — 4) wird beschloffen, einen Ausschuß niederzulegen, welcher eine Denkschrift über die Interessen und die von der süddeutschen Industrie von Frankreich zu fordernden weiteren Zugeständnisse entwerfen und dieselben in kürzester Zeit zur Kenntniß der betreffenden Regierungen bringen soll. Schließlich wurde der sächsische Ausschuß gewählt, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Dr. Braun aus Wiesbaden, Dr. Passavant von hier, Spreng von Karlsruhe, Max Wirth von hier, Dr. Bilsdorf von Heilbronn, Prof. Schröder von Mannheim, Dr. Maß von hier, Direktor v. Steinbeis und Dr. A. Bacher von Stuttgart, Koll von hier, D. Weichaupt von Hanau und Dr. Jung von Mainz. Abends vereinigte man sich zu einer gemüthlichen Unterhaltung im Saale der Harmonie.

Noch eine Nationalität in Oesterreich! Bei einer jüngst abgehaltenen Schlußverhandlung sagte ein Vertheidiger von seinem Klienten, einem Lehrenfeldler, welcher angeklagt war, seinem Gegner bei einem Kaufhandel eine schwere Verletzung zugefügt zu haben, unter Anderem: „Der Genuß von geistigen Getränken steigerte den Geldmuth, die redenhafte Streitsucht möchte ich sagen, welche eine „nationale“ Eigenthümlichkeit der Bewohner von Lehrenfeld bildet, zu einem bedeutenden Grade.“

In Brüssel und London sind besondere Ausgaben der Broschüre des Herzogs von Aumale veranfalet worden.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 18. Apr. 2. Quartal. 51. Abonnementsvorstellung. Der Blig; komische Oper in 3 Akten, von Halévy.

Freitag, 19. Apr. 2. Quartal. 52. Abonnementsvorstellung. Der geschwätige Barbier; Lustspiel von Holberg, zu 1 Akt bearbeitet von Eduard Devrient. Hieraus: Das Gefängniß; Lustspiel in 4 Akten, von Robert Venedic.

Sonntag, 21. Apr. 2. Quartal. 53. Abonnementsvorstellung. Hans Heiling; romantische Oper in 3 Akten, nebst Vorspiel von Eduard Devrient, Musik von Heinrich Marschner.

Einladung. Die dritte protestantische Konferenz in Durlach wird Mittwoch den 24. April im Rathhause abgehalten werden...

Das Komitee. S. 94. Raßatt. Gehilfs-Gesuch. Bei Wundarzneyer Karle findet ein militärischer Gehilfe...

Offene Lehrlingsstelle. In ein hiesiges Bankgeschäft kann ein geschickter, mit gebührigen Vorkenntnissen versehen junger Mann...

Volontairstelle. Für einen gebildeten jungen Mann, der Buchführung und Korrespondenz gründlich versteht...

Theater-Engagementsoffert. Schauspiel, Herren und Damen, so bei einer Theatervorstellung...

Briefe an Colonisten in Brasilien werden 2 mal monatlich vermittelt...

Wagenmagazin von C. Roger, Wagenfabrik, Karlsstraße Nr. 17, empfiehlt eine große Auswahl...

Wagenverkauf. Auf den bevorstehenden Pferdemarkt habe ich eine schöne Auswahl...

Römischer Cement-Vassy aus der Fabrik des Herrn Gariel ist in frischer Sendung...

Geirich Rosenfeldt. Eine schöne Wirthschaft mit Realrecht und Garten ist in Mannheim aus freier Hand...

Mühle-Versteigerung. Der Unterzeichnete läßt fünfzig Morgen den 22. dieses, Nachmittags 2 Uhr...

Adolf Waldin, Müller. R. 774. Steinensadt. Die Gemeinde Steinensadt, Amts Mühlheim, beabsichtigt...

Stollenlieferung. Die Gemeinde Steinensadt, Amts Mühlheim, beabsichtigt...

Holzversteigerung. Die Gemeinde Iffezheim läßt am 1. Mai d. J. in ihrem Gemeindefeld...

Molken- und Bade-Anstalt Kreuth im bayerischen Hochgebirge wird am 1. Juni eröffnet.

Bad Gleisweiler. C. B. Station Landau in der Rheinpfalz. Kaltwasserkur, warme und Dampfbäder...

Mineralölfabrik „Julienhütte“ bei Hechingen. Für herannahende stärkere Verbrauchsgüter bringen wir unser Patent-Wagenfett...

Eine Satinemaschine u. eine Papier-Beschneidmaschine zu verkaufen. R. 970. Eine durchaus solid gebaute Satinemaschine...

Weinverkauf. Selbstgezeugene, auf die rationelle Weise behandelte Kur- und Wieslingweine...

Pferdversteigerung. Nächsten Montag den 22. d. M. Vormittags 10 Uhr...

Fahrradversteigerung. Aus dem Nachlasse der Ehefrau Dinter werden in ihrer Wohnung...

Hausversteigerung. Aus dem Nachlasse der Karoline Wolff dahier wird das ihrem Vater und ihren Geschwistern...

Wirthschaftsverpachtung. Durch die von Seiten der Gesellschaft geschlossene Kündigung...

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmaklers-Syndikats. Dienstag, 16. Apr.

Table with columns for Staatspapiere, Wechselkurse, and Geld-Sorten. Includes various financial data and exchange rates.

Reisenzeit sollen in 10 Loosen im Commissionswege vergeben werden. Der Anschlag für die einzelnen Loose ist folgender:

Wir laden hiermit die Herren Baumunternehmer ein, ihre Angebote längstens bis Donnerstag den 25. April d. J. Vormittags 10 Uhr...

R. 983. Nr. 5314. Bruchsal. (Aufforderung.) Soldat Johann Adam Schmitt von Bruchsal...

R. 107. Nr. 3406. Wühl. (Aufforderung und Fahndung.) Der wegen erkrankten Diensthabs...

R. 933. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald-District Hornwald XII. 2...

R. 769. Nr. 1111. Heidelberg. Badischer Eisenbahnbau. Odenwaldbahn. Die Herstellung der Erdarbeiten...

R. 932. Nr. 3738. Ettlingen. (Schuldenliquidation.) Felix Hering's Witwe von Ettlingen...

R. 922. Nr. 4135. Breisach. (Schuldenliquidation.) Die ledige Johanna Jäger von Oberbergen...

R. 931. Nr. 1111. Heidelberg. Badischer Eisenbahnbau. Odenwaldbahn. Die Herstellung der Erdarbeiten...